

**Von Dr. Dieter Klumpp**  
[dklumpp@alcatel.de](mailto:dklumpp@alcatel.de)

---

## "Wissen in der Informationsgesellschaft - was ist das wert?"

**Deutschland befindet sich auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Einige Korrekturen im Bereich virtueller Sicherheit sowie die Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen stehen allerdings noch aus. Ein Kommentar von [Dr. Dieter Klumpp](#).**

### **Erste Generation Informationsgesellschaft**

Unzweifelhaft sind wir auf dem Weg zu einer Informationsgesellschaft weit vorangekommen. Nach dreißig Jahren intensiver Diskussion über die kommende Informationsgesellschaft muss aber im Jahr des „Weltgipfels der Informationsgesellschaft“ schon einmal in aller Bescheidenheit gefragt werden dürfen, was das Schlagwort, das Leitbild, die Metapher, das Konzept, die Theorie oder das Glaubensbekenntnis zur Informationsgesellschaft eigentlich wert ist. Die Informationsgesellschaft definierte sich in der öffentlichen Diskussion eher durch Konnotationen als durch den Begriff selbst. Und diese Konnotationen waren und sind durchweg positiv und tragen den Bezeichner „mehr“: Innovation, Arbeitsplätze, Bildung, Wohlstand, Kultur, Identität, Ressourcenschonung, Internationalismus, Demokratie, Bürgerrechte, Partizipation, Tempo, Transparenz, Wissen und dann und wann ein wenig heile Welt. Ein Begriff, der sich hauptsächlich über seine Konnotationen definiert, ist austauschbar, die Konnotationen gelten ebenso für die „Wissensgesellschaft“, die „Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts“, die „Dienstleistungsgesellschaft“ oder andere „post-bindestrichelnden Gesellschaften“. Noch ist das Leitbild einer Informationsgesellschaft viel zu schwammig, und erst die nächsten Jahrzehnte werden zeigen, ob es sich in den Köpfen der Menschen handlungsleitend festsetzen kann“.

### **Neuer Wissens-Wert durch Datenbergwerke?**

Nehmen wir mal das Gebiet der Intellectual Property Rights als Beispiel: Hier wird deutlich, dass es weltweit an gesellschaftspolitischen Mechanismen mangelt, die die Aufgabe der Suche nach verträglichen Lösungswegen professionell angehen könnten. Wenn heute den Musikkonzernen und den Bertelsmännern weinerlich vorgehalten wird, sie würden netzfreiheitliche Errungenschaften wie die Musik-Tauschbörsen mit ihrem Profitstreben zertrampeln, wenn den Schulbuchverlagen „innovationsfeindliches Beharren im Papierzeitalter“ und damit „mangelnde Unterstützung des e-Learning“ unterstellt wird, dann ist dies in mehrfacher Hinsicht Unsinn. Erstens sind in unserer Gesellschaftsordnung Privatbetriebe - über ihre einzu-bringende Fachexpertise hinaus - für gesellschaftspolitische Weichenstellungen schlichtweg nicht zuständig und nicht legitimiert. Zweitens kann und darf keine „auf Erwerb gerichtete Unternehmung“ auf ein absehbares „Massen-Kavaliersdelikt“ beim Kopieren seiner gesamten Produkte hin einen Businessplan aufstellen, das wäre ein Fall für die Wirtschaftsaufsicht.

Die klassischen Lösungsmechanismen über die fachdisziplinäre Wissenschaftsexpertise, die mit rituellem Lobbyvorwurf belasteten Stakeholder-Befragungen und über den in zu großen Zeitabständen stattfindenden „Fachdiskurs“ von Ehrenamtlichen reichen nicht hin. Bei neuen umfassenden Lösungsansätzen für die Rahmenbedingungen müssen nicht nur Recht und Technik, sondern auch die Ökonomien einbezogen werden. Wenn es denn keine praktikable juristisch-technische Lösung gibt, dann wird man über Gebührenmodelle auch für den Content neu nachdenken müssen.

Jedoch: Vollständigen Schutz bei Aufrechterhaltung der Benutzbarkeit gibt es in offenen Netzen nicht. Geschlossene Netze oder „Virtuelle Private Netze“, die sich auch per Software als Konzeptionssysteme einrichten lassen, müssen für die höhere Sicherheit im Sinne eines „Wissensschutzes“ den Preis der Beschränkung der Nutzerzahl entrichten. Viel verlangt wird zunehmend vom Nutzer, der heute schon leicht zehn Prozent seiner PC-Arbeit ausschließlich für Schutz- und Putzmaßnahmen aufwenden muss. Zudem ist es in der Praxis sehr schwierig, laufend den Grad der Schutzwürdigkeit des jeweiligen Wissens abzuschätzen und entsprechende Sicherungsstufen zu wählen. Vielleicht müssen wir vom „individualisierten“ Wissensschutz zu einem generellen Schutz übergehen, wo grundsätzlich alles Wissen - bis hin zur unwichtig erscheinenden Kurzmail - mit einer einheitlich höheren Sicherheitsstufe versehen wird.

Auch für den Wissensschutz in Netzen gilt, dass das nicht ohne Kontrolle von Dritten gehen wird. Im innerbetrieblichen wie

im überbetrieblichen Bereich - und damit praktisch im gesamten Netz - laufen solche Kontrollen konsequenter Weise auf Stichproben hinaus. Und Stichproben sind - wie der Name sagt - anlassunabhängige Kontrollen, was natürlich immenses Konfliktpotential und unbegrenzte Diskussionsmöglichkeit birgt. Mag man in Betrieben noch an eine Art von „interner Datenrevision“ denken, die man hierzu aufbauen könnte, so sehr schließt man die Augen vor der Tatsache, dass man die Ordnungshüter der äußeren Welt, nämlich die Polizeien, in diesem Dilemma vollkommen hängen lässt. Anlassunabhängige Straßenstreifen der Polizei geben Bürgern das Gefühl der Sicherheit, Netzstreifen aber das der Unsicherheit. Es gilt aber unabdingbar: Zwischen dem Wunsch nach bzw. der Notwendigkeit für Schutz einerseits, also der Freiheit „von“, und dem Erhalt der Freiheit „zu“ muss es letztlich zu einer Festlegung kommen, und solche Festlegungen enthalten die schmerzlichste aller gesellschaftlichen Aktivitäten, nämlich eine Entscheidung.

Damit sind wir beim Betrachten des Werts des Wissens in einer Informationsgesellschaft wieder beim Ausgangspunkt gelandet. Entscheidungen brauchen zuständige Entscheider, Entscheidungen benötigen neben Legitimation auch Ressourcen für ihre Vorbereitung. Wir haben uns wegen der augenscheinlichen Vorteile, die niemand leugnen kann, unumkehrbar in eine Netzwelt hineinbegeben, merken jetzt aber, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so einfach wie ein neues Release von Betriebssystemen als regelmäßige Optimierung implementieren lassen.

Die Frage, welchen Wert das Wissen in einer Informationsgesellschaft hat, kann deswegen nur mit zwei Extremen beantwortet werden: Das Wissen ist tatsächlich die größte Wertressource, aber ohne aufwändige technisch-organisatorische wie juristisch-betriebswirtschaftliche und letztlich gesellschaftspolitische zusätzliche Organisationsarbeit kann diese Wertressource überhaupt nicht nachhaltig zur Entfaltung kommen.

### **Herausforderung „Nächste Generation Informationsgesellschaft“**

Schon diese etwas vertiefende Betrachtung des schillernden Wissensbegriffs und dem Wissensnutzen in einer entstehenden Informationsgesellschaft soll mit all ihren Querbeziehungen exemplarisch aufzeigen, dass fast alle aktuellen Zentralbegriffe nach 30 Jahren tatsächlich auf den Prüfstand müssen. Nicht etwa, wie mancher beim selektiven Hören oder Lesen schnell denken mag, um den Weg zur Informationsgesellschaft zu versperren, zu verminen oder gar zu verschütten - im Gegenteil. Aber auf dem Marsch zur Informationsgesellschaft können wir uns eine Kapitulation vor allen Steilhängen, die mühselig werden könnten, nicht leisten, schon gar nicht, diese Steilhänge routinemäßig gar nicht erst sehen zu wollen und alle, die darauf hinweisen, für Negativtypen zu halten.

Als Standort sollten wir deswegen im Benchmarking nicht nur auf ein Gleichziehen mit anderen Standorten abzielen, sondern eigenständige mutige und konsequente Vorschläge in die europäische und die internationale Diskussion einbringen. Ohne präzise Rahmenziehungen wird Wissen mehr missbraucht als gebraucht. Wer Schutz vor Kinderpornographie und anderen Drecksachen im Netz will, muss die Polizeierolle exakt definieren. Wer nicht will, dass nach dem Faxdienst und der Mail auch noch die SMS-Dienste und bald auch die MMS-Dienste zugemüllt werden, muss ein technisches Re-Design wollen, das die anonyme Netzverschmutzung unmöglich macht, und dieses Wollen über die Nachfragemacht durchsetzen. Und vordringlich ist, dass bei allem, was das modische Präfix „e-“ hat, auch Punkt für Punkt Klarheit über das „warum“ hergestellt wird, vom e-Voting über e-Health bis zum e-Government. Das reine „e“ ist nicht mehr hinreichend.

„Gestaltung der zweiten Generation Informationsgesellschaft“ lautet die Herausforderung. Diese kann aber nur angenommen werden, wenn die Unverbindlichkeiten einer dümpelnden Diskussion in zeitstabile gesellschaftspolitische Entscheidungsstrukturen überführt werden. Zum Abbau der Unverbindlichkeiten bedarf es aktuell weniger der noch tiefer schürfenden Analyse, sondern der klaren Zielansprache. Trotz oder wegen der erschreckend hohen Zahl von Aktionspunkten und Beteiligten kann dies wohl nur mit einer Public-Private-Projektorganisation erreicht werden, ein Versuch, der in den letzten 30 Jahren noch nicht unternommen wurde. Andere Länder haben sich solche Projektorganisationen zugelegt, vom Ministerium in Italien, über Parlamentsmissionen in Frankreich bis zur Agentur in Finnland. Die Länder des Südens und des Ostens warten auf deutsche Initiativen und fordern Wissens-transfer.

Der Weltgipfel der Informationsgesellschaft im Dezember 2003 in Genf wäre als Datum ein guter Anlass für Deutschland, konzentriert und mit allen Kräften - von Politik über Wirtschaft, Technik und Kultur, über Gewerkschaften, Verbände und NGO's - allen zu zeigen, dass es eine treibende Kraft für eine Informationsgesellschaft ist - und keine getriebene. Unser Laptop-Kid soll auch nicht fragen müssen: „Informationsgesellschaft - wann kommt die denn“?

Der Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung eines Vortrags, gehalten auf dem ver.di-Kongress „Wissen ist was wert“ am 12. Februar 2003. Eine Langfassung des Textes soll als Beitrag eines Sammelbandes in Buchform erscheinen, im Internet ist die Langfassung abgelegt unter [www.wissen-ist-was-wert.de](http://www.wissen-ist-was-wert.de)

**Dr. Dieter Klumpp ist Geschäftsführer der ALCATEL SEL Stiftung für Kommunikationsforschung in Stuttgart:**

- [Zur Biographie](#)

Zuerst erschienen bei [politik-digital.de](http://politik-digital.de) am 17.04.2003

---

© Copyright 1998-2004 [pol-di.net e.V.](http://pol-di.net) Alle Rechte vorbehalten.

Weiternutzung der Inhalte nur unter folgenden [Bedingungen](#).

politik-digital [Datenschutzrichtlinie](#).